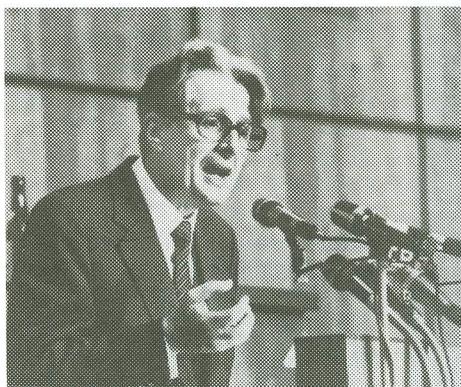


# georgsmarienhütte im gespräch



Sozialdemokratische  
Bürgerinformation



**Kanzlerkandidat  
Hans-Jochen Vogel  
fordert:**

## Pakt gegen Arbeitslosigkeit

SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel fordert einen internationalen Beschäftigungspakt, auf dessen Grundlage die großen Industriestaaten gemeinsam wieder eine expansivere Wirtschaftspolitik betreiben.

„Ich fordere die Bundesregierung auf, in diesem Sinne tätig zu werden und auf eine Konferenz hinzuwirken, die einen solchen internationalen Beschäftigungspakt ausarbeitet.“

Auf nationalem Gebiet ruft Vogel auf, sich zu einem Solidaripakt zusammenzufinden, der sich an alle gesellschaftlichen Gruppen wendet und zu dem alle beitragen müssen:

- die Unternehmer die Bereitschaft zur Sicherung der Arbeitsplätze, Schaffung neuer Ausbildungsplätze, Engagement zur Modernisierung der Wirtschaft;

- die Gewerkschaften durch solidarische Lohnabschlüsse, denen auf Arbeitgeberseite Preisdisziplin und Schritte in Richtung auf Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen folgen müssen;
- die Tarifpartner durch Vereinbarungen über **Arbeitszeitverkürzungen auf allen drei Ebenen**;
- die **Deutsche Bundesbank durch eine Geld- und Zinspolitik, die die Beschäftigungslage verbessert**;
- die **öffentlichen Hände durch vermehrte Investitionen und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsprogramme**, z. B. im sozialen Bereich;
- schließlich alle Bürger durch ihre Bereitschaft zu einer **sozial gerechten** Mitfinanzierung dieser Programme.

# SPD

Sozialdemokraten

### Inhalt:

Rückschau auf die Friedenswoche	S. 2
Emmerlich: Vor 50 Jahren 30. 1. '33	S. 3
Was in der NOZ stand	S. 3
Müllsammelaktion in Oesede	S. 3
Mehrzweckhalle u. Haushalt	S. 4
SPD gegen Mehrzweckhalle	S. 5
Bebauung Teckelhagen	S. 5
Was nicht in der NOZ stand	S. 5
Die SPD kann's packen.	S. 5
Sparen – aber wie?	S. 6
Zur Diskussion gestellt: atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte	S. 7
Der besondere Tip	S. 8

Die Eindämmung der Arbeitslosigkeit wird nach Hans-Jochen Vogel um so eher möglich, je mehr es gelingt, den kurz-sichtigen Egoismus der gesellschaftlichen Gruppen zu überwinden, die ein Übermaß an Besitzständen verteidigen.

Die von der gegenwärtigen Regierung eingeleiteten Maßnahmen werden nicht greifen. Der Haushalt 1983 vermindert vielmehr die Kaufkraft um mindestens 16 Milliarden DM. **Die Gewerbesteuersenkung schwächt die Investitionskraft der Kommunen**, auf die es jetzt besonders ankommt. Schließlich wird der Abbau des sozialen Mietrechts keineswegs zur Belebung der Bauwirtschaft führen, vielmehr zu einer kräftigen Erhöhung der Mieten.

Klaus Kraegeloh

# Rückschau auf die Friedenswoche der SPD (Oktober 1982)



Falken, Jusos und Arbeiterwohlfahrt auf dem „Markt der Möglichkeiten, Frieden zu schaffen“. Weiter waren mit einem Stand vertreten die CDU, der Selbstschutzverband, die Junge Union, die Georgsmarienhütter Friedensinitiative, die Kolping-Familie, die Katholische Junge Gemeinde Kloster Oesede, der Friedenskotten und der Dritte-Welt-Laden Kloster Oesede. Und die SPD natürlich.



**MdB Alfred Emmerlich (3. von rechts)** sagte im Podium, wenn sich die USA „nicht bewegen“, werde er der Stationierung der neuen Atomrakete Pershing II nicht zustimmen. **Heinz Lunte (2. von rechts)** sagte: „Wenn die Verhandlungen in Genf kein Ergebnis bringen, wird Ende '83 stationiert!“ Vor allem die Vertreter der Jugendverbände (ausgenommen die Junge Union) links im Bild kritisierten die Aufrüstung. Ganz rechts außen im Bild Herr Ketteler als Vertreter des Kolping im Podium betonte dagegen die Notwendigkeit von Frieden in Familie, am Arbeitsplatz und in der Gemeinde.



Zahlreiche Besucher verfolgten die Podiumsdiskussion zum Thema Frieden und beteiligten sich an ihr. Dies galt vor allem für junge Menschen aus der Georgsmarienhütter Friedensfamilie und die Kolping-Familie.

Durch die Friedenswoche haben wir vor allem Personen erreicht, die sonst nicht zu SPD-Veranstaltungen kommen. Wir werden auch 1983 am Thema bleiben (siehe auch S. 6 „Was nicht in der NOZ stand“).

# Unser Mann in Bonn zum 30. Januar 1933

Der 30. Januar 1933 ist im Jargon der Nazis der Tag der „Machtübernahme“. Es ist der schwärzeste Tag nicht nur in der Geschichte unseres Volkes sondern in der Geschichte der Menschheit. Nicht in erster Linie deshalb, weil Hitler Deutschland in seine vernichtendste Niederlage geführt hat. Nicht nur deshalb, weil Hitler skrupellos den 2. Weltkrieg angezettelt hat und damit die Hauptverantwortung trägt für die unvorstellbare Zahl von etwa 50 Mio. Toten und von noch viel mehr Menschen, die durch den Krieg ihre Gesundheit, ihre Heimat, ihr Hab und Gut verloren und unsägliche Leiden und Qualen erlitten haben. **Der 30. Januar 1933 ist deshalb als der schwärzeste Tag in der Geschichte der Menschheit eingegangen, weil an diesem Tag begonnen wurde, den Staat in dem Maße in eine Terror- und Vernichtungsmaschinerie zu verwandeln, die das damalige menschliche Vorstellungsvermögen überstieg und das wir auch heute noch kaum richtig begreifen können.**

Es ist deshalb nicht böser Wille, wenn es uns und vielen in der Welt in der Nachkriegszeit und bis heute nicht recht gelungen ist, die Nazi-Zeit zu bewältigen. Am 30. Januar jährt sich die „Machtübernahme“ zum 50. Male. **Es ist notwendig, daß wir uns 1983 verstärkt mit der Nazi-Zeit beschäftigen. Wir dürfen vor diesem Teil unserer Geschichte nicht die Augen verschließen.** Die Opfer des Nazismus in Deutschland, in ganz Europa und überall in der Welt sind für uns Mahnung und Verpflichtung zugleich:

Dem Neonazismus und allen faschistischen Tendenzen entgegenzutreten und uns einzusetzen für Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden.

Dr. Alfred Emmerlich

## Ohne Kommentar

NOZ vom 4. 1. '83:

NEUE  
OZ OSNABRÜCKER  
ZEITUNG

### Leserbriefe

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Emmerlich findet die Vorgänge bei der Beerdigung des Oberst Rudel skandalös. Diese Gesinnung ist typisch für die SPD, hier insbesondere des Herrn Emmerlich.

Ein Volk, das seine Helden nicht mehr ehrt und verehrt, tritt aus der Geschichte aus und fordert die Züchtigung des Schicksals geradezu heraus. In der Bhagavad Gita, dem Lied der Gottheit, steht geschrieben: „Aus Furcht mied Ardschuna die Schlacht — so denken alle Helden dann — die deinen Ruhm einst hoch geehrt — sie sehen dich mit Verachtung an.“

Hans-Kurt Wüste  
Dr.-Eckener-Straße 20  
Osnabrück

## Arbeiterwohlfahrt



Weil Hilfe  
immer  
nötig ist.



Politisch beschäftigt sich die SPD nicht nur mit dem Müll der Geschichte, auf den der Neonazismus gehört, sondern auch mit Hausmüll, den Zeitgenossen gelegentlich im Wald verlieren: hier die SPD Oesede bei einer ihrer regelmäßigen Sammelaktionen (Waldstr. Musenberg).

## Opferte die CDU-Fraktion dem „Prestige-Objekt“ Mehrzweckhalle die bisher solide Finanzpolitik?

**Mit knapper Mehrheit von 20 : 19 Stimmen** entschied sich der Rat in seiner Dezembersitzung für den Bau einer Mehrzweckhalle. Kosten einschließlich Außenanlagen rund 8 Mio. DM, von denen der Kreis ca. 3. Mio. DM, das Land 600.000 DM trägt. Der Rest von 4,4 Mio. DM ist von der Stadt zu tragen.

Demgegenüber kostet eine **normale** Sporthalle, für die sich **alle** Mitglieder des Rates ausgesprochen hätten, rund 5 Mio. DM, Rest für die Stadt somit 1,4 Mio. DM. Die Mehrkosten in Höhe von 3 Mio. DM entfallen im wesentlichen auf ein größeres Foyer, Tribüne mit 1000 Sitzplätzen und daraus resultierenden größeren Sanitärbereichen und einer aufwendigeren Gestaltung des äußeren Baukörpers. Jährliche Folgekosten für die Stadt 460.000 DM.

Sicherlich ist der Mehrzweckbereich in mancher Hinsicht wünschenswert, doch angesichts unserer leeren Kassen nicht vertretbar.

König Ludwig fragt in der Finanzwüste seinen Berater nach dem richtigen Weg.



Diese Fakten und die einseitige Erhöhung der Grundsteuer waren mitbestimmend für das Nein der SPD zum Haushaltsplan. Nach unserer Auffassung gibt es nur zwei miteinander zusammenhängende Möglichkeiten, die Finanzkraft unserer Stadt auf Dauer zu erhalten, zum einen muß eine sparsame Haushaltswirtschaft **unter Verzicht auf** wünschenswerte, aber nicht notwendige **Großobjekte** mit entsprechenden Folgekosten zu einem Abbau des Schuldenzuwachses und damit zu dem **Erhalt eines finanziellen Spielraums** in den kommenden Jahren führen, zum anderen muß eine sinnvolle langfristig angelegte Wirtschaftsförderung, worunter nicht nur die Ansiedlung von Betrieben, sondern auch **Wohnungsbau, Verkehrsberuhigungs- und Umweltschutzmaßnahmen** zu verstehen sind, der Stärkung der Finanzkraft unserer Stadt dienen. So werden sinnvoll dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen.

Schuldenmachen an sich ist keineswegs unsolid. Insoweit ist es unredlich, wenn manche Politiker daraus Vorwürfe ableiten, ohne die Finanzkraft der Gemeinde dabei zu berücksichtigen. Mitbestimmend für die Ertragskraft einer Gemeinde ist die konjunkturelle Entwicklung.

**Wenn Bürgermeister Siepelmeier zum Jahresende allenthalben Optimismus verbreitet, unter psychologischen Gesichtspunkten sicherlich verständlich, und für 1983 einen Aufschwung prophezeit, so reiht er sich damit unter die Wahrsager und Kaffeesatzleser ein.** Wer die Fachpresse verfolgt, wird im Gegenteil leider mit neuen alarmierenden Nachrichten aus der Wirtschaft konfrontiert, die darauf hindeuten, daß die düsteren Prognosen von 2,5 Mio. Arbeitslosen schneller Realität werden, als ohnehin befürchtet wird.

Patentrezepte zur Überwindung der Krise gibt es leider nicht. Erforderlich ist eine Solidarität aller Kräfte, um durch ausgewogene Konzepte zu einer Überwindung der Rezession zu kommen.

Die Grundsteuer zu erhöhen, Wassergeld zu verteuern und spektakuläre Großobjekte ohne Rücksicht auf Folgekosten anzufangen, sind in Georgsmarienhütte keine Mittel, eine breite parlamentarische Mehrheit zu erlangen. **Voll zuzustimmen ist daher der Aussage von Ludwig Siepelmeier in seiner Haushaltsrede, daß dieser Haushaltsplan die Note „nicht befriedigend“ erhält.**

Dieter Selige

Unsere Haushaltslage stellt sich gegenwärtig so dar:

1. Defizit laut Haushaltsplan aus 1982	= - 1.155.000,-- DM
2. ungedeckter Haushalt 1983	= - 540.000,-- DM
3. Erhöhung der Kreisumlage auf 43 Pkt.	= - 830.000,-- DM
	insgesamt - 2.525.000,-- DM
4. Neuverschuldung	3.000.000,-- DM
5. Rückläufige Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen von 9 Mio. DM auf 6 Mio. DM, weitere Rückgänge sind zu erwarten, da die maßgebenden Grundlagen für die Gewerbesteuer zeitlich nachhinken.	
6. Bund, Land und Kreis lösen einen Teil ihrer Finanzprobleme durch Verminderung von Leistungen an Gemeinden.	
7. Schuldenstand in Georgsmarienhütte Ende 1984 mit der neuen Rekordmarke von 60.422.000,-- DM pro Kopf der Bevölkerung.	

## Warum „Nein“ zur Mehrzweckhalle?

Mancher wird über die Ablehnung des Baus einer Mehrzweckhalle in Georgsmarienhütte durch die SPD den Kopf geschüttelt haben. „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ haben sich doch alle Parteien auf ihre Fahnen geschrieben. Also muß doch die Stadt investieren, Aufträge vergeben, damit Löhne gezahlt werden können, die vorhandenen Geräte besser genutzt und eventuell sogar neue Maschinen angeschafft, vielleicht gar neue Kräfte eingestellt werden können. Und das alles lehnt die SPD ab? Ja, sie muß es sogar ablehnen, denn die Ausgaben für die Halle belasten den gegenwärtigen und die zukünftigen Haushalte der Stadt derart, daß dann nichts mehr gehen wird. Das haben neben der UWG auch einige Ratsherren der CDU eingesehen und gegen die Halle gestimmt. Und so ganz wohl war dem Finanzausschußvorsitzenden Siepelmeyer wohl auch nicht, als er in einem Interview für Ende 1983 eine Besserung der finanziellen Schwierigkeiten versprach. Bis jetzt jedenfalls ist von einem Aufschwung in Sachen „Städtische Finanzen“ nichts zu sehen, aber die Millionen für die Mehrzweckhalle stehen im Haushalt drin. Drin stehen übrigens auch erhebliche Planungskosten für einen „Berater“, von dem sich die Stadt jetzt endlich getrennt hat.

Noch eine Bemerkung über die Sporthalle, die an sich der Landkreis (fast) allein bauen müßte; denn es sind ja Schüler von Schulen der Trägerschaft des Kreises, für die die Halle in erster Linie notwendig ist. **Nun, der Kreis hält sich erst einmal fein zurück, schließlich hat er größere Lasten zu tragen: ein um etliche Millionen zu groß geratenes**

**Kreiszentrum, das eine „Stätte der Begegnung für den Bürger“ (Landrat Tegeler) sein solle. Ende des Jahres verabschiedete die CDU-Mehrheitsfraktion des Kreises einen Haushalt, in dem das Aufkommen der Gemeinden (sogenannte Kreisumlage) von 39 wieder auf 43 erhöht wurde. Damit ist der Bürger dann an „seinem“ Haus (Kreiszentrum) angemessen beteiligt.**

Klaus Kraegeloh

## Bebauung Teckelhagen nach wie vor umstritten!

Trotz Gegenstimmen aus den eigenen Reihen hält die CDU-Fraktion an einer Bebauung des landschaftlich reizvollen Teckelhagen-Gebietes fest. Statt ursprünglich 55–60 Häuser sollen dort **nur**(?) noch 36 Häuser gebaut werden.

In der öffentlichen Diskussion im Rat standen erstaunlicherweise nicht Umweltschutz- und Landschaftsschutzgesichtspunkte im Vordergrund, sondern Schadenersatzforderungen des Erschließungsträgers Stephanswerk in Höhe von 2 Mio. DM. Das Stephanswerk hat die Flächen von den Eigentümern aufgrund des mit der Stadt abgeschlossenen Erschließungsvertrages erworben, der vorsieht, dort Baugelände auszuweisen.

Kann bei dieser Sachlage der Rat noch frei entscheiden? Einige Befürworter aus den Reihen der CDU stimmten nur zu, weil auf die Stadt sonst erhebliche Schadenersatzforderungen zukommen. Nach einem inzwischen bekanntgewordenen Rechtsgutachten, das die UWG angefordert hat, trifft dies jedoch nicht zu. Ist dann die Abstimmung noch rechters, wenn der Rat sich über die tat-

sächliche Rechtslage im Unklaren war?

Warum hält die Verwaltung bislang eine Klarstellung zurück und warum wurden diese Diskusstelle im Protokoll der Ratssitzung weggelassen?

Hat die Verwaltung erkannt, daß in einem eventuellen Normenkontrollverfahren die Gerichte an dieser Stelle einhaken könnten? Das Bebauungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die in Kürze zu erwartende öffentliche Auslegung gibt allen Bürgern die Möglichkeit, Bedenken und Anregungen einzureichen. Die SPD kündigt weitere Aktivitäten gegen die Bebauung an.

Detlef Hengelbrock



**Die Gewerkschaft  
Erziehung und  
Wissenschaft  
lädt ein  
zur Mitarbeit**

**GEW Osnabrück-Land  
Georgsmarienhütte**

Kontaktadresse:  
**Thomas Haufe  
Telefon (05401) 99058**

## Was nicht in der NOZ stand

Nur einen ganz geringen Lokalbezug, eigentlich nur den, daß wir zufällig in GMHütte wohnen, hat nach Meinung der Redaktion „Rund um Osnabrück“ unsere Meinung zu Frieden und Abrüstung. Mit diesen Worten wurde eine angemessene Berichterstattung über die Ergebnisse der Friedenswoche, wie sie in unserer Mitgliederversammlung am 6. 12. '82 beschlossen wurden, von der NOZ abgelehnt.

Normalerweise wird über jede Veranstaltung der SPD mehr oder weniger ausführlich und mehr oder weniger richtig berichtet. Nicht jedoch über die Dezemberveranstaltung. Der Friede wird wohl nach Meinung der NOZ nur in Bonn gemacht, was wir dazu beschließen, ist vor Ort uninteressant.

Deshalb kurz hier, was die SPD GMHütte beschlossen hat:

- wir sind gegen die Lagerung biologischer und chemischer Kampfstoffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Damit schließen wir uns einer Aktion der Gewerkschaften Süddeutschlands an. Die USA sollen die Giftkampfstoffe wegschaffen!
- die USA sollen auf den Ersteininsatz von Atomwaffen verzichten!

– wir sind gegen die neuen Atomwaffen Pershing II und Cruise missile, wie sie der NATO-Doppelbeschluß für Ende '83 bei uns vorsieht. Unsere Begründung: Wir lehnen es ab, **erst aufzurüsten, um dann abzurüsten!** Wo hat so etwas denn schon einmal geklappt? Wir wollen nicht nur keine neuen Atomwaffen in Mitteleuropa, sondern wir fordern den Abbau aller hier vorhandenen Atomwaffen. Wir fordern eine **atomwaffenfreie Zone** Mitteleuropa.

Der Verwirklichung dieser Forderung können wir nur näherkommen, wenn viele – anders als die NOZ es sieht – den großen Lokalbezug des Einsatzes für den Frieden erkennen.

Gerhard Brouwer

### Letzte Meldung

Mit Betroffenheit und Empörung reagierten die Jungsozialisten auf die Absicht des Osnabrücker Autobahn- und Straßenneubauamtes, die Kosten für den Abriß des Hüttendorfes an der Waldhofstraße dem UWG-Ratsherren Heinrich Bartelt anzulasten. Mit solchen Maßnahmen soll eindeutig verhindert werden, daß unbequeme Bürger sich für Ziele engagieren, die den Interessen der Behörden zuwiderlaufen.

## Sparen – aber wie?

Da hieß es doch kurz vor Weihnachten, der Herr Späth (Ministerpräsident Baden-Württemberg) habe vor, seinen Beamten und Angestellten das Weihnachtsgeld zu halbieren, um seinen Haushalt zu verbessern. Gleichzeitig vernahm man staunend die Worte des weisen CDU-Generalsekretärs Geißler, man möge doch zu Weihnachten recht viel kaufen, das sei doch der richtige Zeitpunkt, um die Nachfrage anzukurbeln, um Arbeitsplätze zu sichern und so weiter ... Wir sind der Meinung, daß sich in diesen beiden gleichzeitigen Forderungen die ganze Ratlosigkeit der neuen Bundesregierung zeigt. Gasgeben und gleichzeitig bremsen – das kennt jeder Autofahrer – sind gefährliche Ratschläge für sicheres Fahren in diesem unserem Lande.

## Nach Hamburg: Die SPD kann's packen!

Die starken Gewinne der SPD und die hohen Verluste von CDU und FDP sind auch eine Antwort auf die Verstöße der Bundesregierung gegen die Gebote der sozialen Gerechtigkeit. Dazu gehören die neuen Mieterhöhungs-Gesetze, der Kahlschlag bei der Ausbildungsförderung und die Tatsache, daß die neue Regierung eine entscheidende Belastung der Besserverdienenden durch eine Ergänzungsabgabe nicht durchgeführt hat.

Auch der CDU-Luftballon von der „rot/grünen Gefahr“ ist zerplatzt. Hamburg hat damit gezeigt, daß der 6. März noch manche Überraschung bereithält.

Klaus Kraegeloh



Alles, was Sie für Ihr Handarbeitshobby benötigen, finden Sie in Ihrem Fachgeschäft

**Handarbeitshaus**

Volker Haas

4504 Georgsmarienhütte  
Karlststraße 18  
Telefon 0 54 01/22 25

## Zur Diskussion gestellt:



### Aufruf:

Als Bürger der Stadt Georgsmarienhütte fordern wir die Stadt auf, sich zur „Atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. Die Stadt Georgsmarienhütte tut damit kund, daß sie weder jetzt noch in Zukunft jemals der Lagerung von Atomwaffen, biologischen und chemischen Kampfstoffen auf dem Stadtgebiet oder dem Transport solcher Massentötungsmittel über Stadtgebiet zustimmen wird. Mit der Erklärung der Stadt Georgsmarienhütte zur atomwaffenfreien Zone bekunden die Bürger ihren Willen zu Abrüstung in West und Ost. Die Stadt Georgsmarienhütte soll die Gemeinden der näheren und weiteren Nachbarschaft auffordern, ebenfalls ihre Gemeindegebiete zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären.

Aufgrund einer Initiative der hiesigen Jusos gibt es seit dem Herbst 1982 eine Gruppe interessierter Personen, die sich die Schaffung einer **atomwaffenfreien Zone Georgsmarienhütte** zum Ziel gesetzt hat. Viele werden jetzt fragen, was soll das, in GMHütte stehen doch gar keine Atomwaffen?! Grundgedanke dieser Initiative ist, daß möglichst alle Wege zur Verhinderung eines Atomkrieges begangen werden müssen, daß viele, am besten alle, erkennen, daß ein Atomkrieg **alle** betrifft und mit der Vernichtung Deutschlands enden wird. Deshalb muß die Aufstellung der Mittelstreckenraketen verhindert werden, weil diese Aufstellung die Kriegsgefahr ins Unermeßliche steigern würde. Wir meinen, daß die Bürger am ehesten über eine persönliche Betroffenheit zu aktivieren sind. Diese Betroffenheit ist vor Ort gegeben, da auch GMHütte in einem Atomkrieg vernichtet würde. Auch über das Gebiet der Stadt können solche Waffen transportiert werden, auch die Stadt GM-

Hütte ist Teil der militärstrategischen Planung. Wir sind betroffen, weil in unserer Nähe solche Waffensysteme stationiert sind, wir sind betroffen, weil durch die riesigen Militärausgaben Sozialleistungen gestrichen wurden und viele Bürger erheblich schlechter leben als noch vor wenigen Jahren.

Ziele dieser Kampagne sind u. a.:

- **Informationen der Bürger vor Ort über die reale Kriegsgefahr und die Folgen eines solchen wahnwitzigen Krieges;**
- Herbeiführung einer mehrheitlichen Meinung der Bürger in GMHütte gegen Atomwaffen im Allgemeinen und gegen die Aufstellung weiterer Atomwaffen im Besonderen;
- **Einbringung eines diesbezüglichen Bürgerantrages in den Stadtrat und Beschlußfassung im Rat zur Proklamation einer atomwaffenfreien Zone;**
- Reale Verhinderung jeglicher kriegsvorbereitender Tätigkeiten (z. B. Blockierung des atomaren Selbstschutzes).

Sicherlich hat diese Aktion zu einem wesentlichen Teil auch Symbolcharakter. Diese Symbolhaftigkeit würde jedoch in praktische politische Wirksamkeit umschlagen, wenn viele oder gar die meisten Gemeinden in der Bundesrepublik ähnliche Beschlüsse fassen würden.

Wir stehen ja mit diesem Anliegen nicht allein: In Großbritannien haben sich bereits 140 Kommunen (z. B. die Stadt Manchester), in Belgien 120 und in den Niederlanden 80 zu atomwaffenfreien Zonen erklärt.

In der Bundesrepublik haben solche Beschlüsse z. B. die Kommunen Marl, Hannoversch-Münden, Nürnberg, Mörfelden-Walldorf, Kassel und der Kreis Groß-Gerau gefaßt.

In unserer Nähe gibt es Aktivitäten zur Schaffung einer solchen Zone in Bramsche, in Osnabrück und in Bielefeld (und vermutlich noch vielen anderen Orten).

Deshalb: Haus für Haus, Straße für Straße, Dorf für Dorf, Stadt für Stadt, Land für Land, Kontinent für Kontinent atomwaffenfrei!

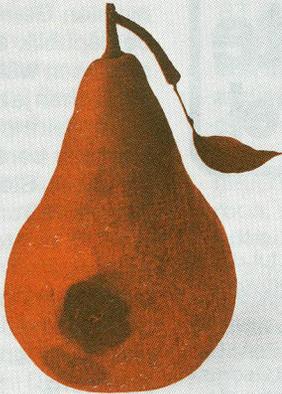
Wir meinen, solche Aktionen sind um so dringender, als sich gewisse Strategen in den USA verstärkt mit der Führbarkeit eines Atomkrieges hier in Europa zu befassen (siehe auch z. B. die Verlegung ihres Hauptquartiers aus Stuttgart nach England, was zunächst alle ‚Offiziellen‘ so heftig dementiert hatten. Warum wohl?) Es muß noch mehr Druck auf die Politiker kommen, da die westlichen Regierungen anscheinend keinerlei Interesse haben, auf sowjetische Abrüstungsvorschläge auch nur gedanklich einzugehen. Wir Bürger in GMHütte sollten den uns hier möglichen Beitrag zur Förderung einer weltweiten Abrüstung leisten.

Rainer Korte

Der oben abgebildete Aufkleber ist bei den Jusos (Feuerstätte 15) für 1,- DM erhältlich.

## Der besondere Tip:

Diese anspruchsvollen Motive gibt es als Postkarten (50 Pfennig das Stück) bei Edition Staeck, Postfach 102063, 6900 Heidelberg 1



**Ich bin der geistige Führer  
in diesem unserem  
krisengeschüttelten Land**

**Thema: SICHERHEIT**

**Der nächste Weltkrieg ist  
mit Sicherheit der letzte**

Originalplakat 1980

**Diesmal geht's ums Ganze**

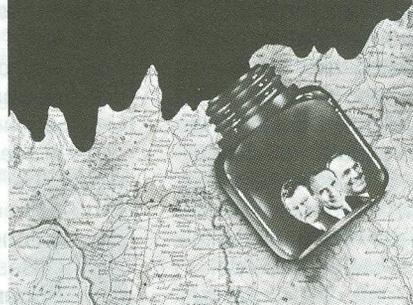
Für die Regierung  
Schmidt/Genscher,  
gegen Allein-  
herrschaft einer Partei,  
gegen Strauß.

**Diesmal F.D.P.**  
Die Liberalen



**Wir verlassen uns  
fest auf Ihr  
schlechtes  
Gedächtnis**  
**F.D.P.**

**Stell Dir vor  
es ist Wahltag  
und alles wird  
schwarz**



### Termine:

31.1. '83, 19.00 Uhr, Dröge (Papiermühle). Öffentliche Veranstaltung mit Emmerlich.

### Und nicht vergessen:

6. 3. '83 Bundestagswahl

### Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Georgsmarienhütte  
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:  
Klaus Kraegeloh, Im Siek 20, Tel. (05401) 5325  
Redaktion: Klaus Kraegeloh, Dieter Selige, Robin Morrison,  
Bernd Völkel, Detlef Hengelbrock, Gerhard Brouwer  
Satz und Druck: Druckerei Günter, GMHütte, Oeseder Straße 70  
Auflage: 10000 Stück